

# **Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 9) und des Krankenhausausschusses (Nr. 7) am 13.10.1998**

---

Sitzungsort:  
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:  
16.00 Uhr - 18.30 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Ratsfrau Elfriede Meyer bis 17.30 Uhr  
Ratsherr Hans Grigull bis 17.30 Uhr  
Ratsfrau Herta Everwien bis 17.30 Uhr  
Ratsherr Horst Jahnke für Beigeordneten Hans-Dieter Haase  
Ratsherr Ihno Slieter  
Ratsherr Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Janssen für Ratsherrn Karl-Gerhard Pauels  
Ratsherr Richard Woldmer f. I. Bürgerm. L. Meyer (bis 17.30 Uhr)  
Beigeordneter Wilhelm Leeker

### **CDU**

Ratsherr Ahlrich Groeneveld f. Beig. H. Bongartz bis 17.30 Uhr  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Hinrich Odinga f. Ratsherrn Benedikt Rosenboom  
Ratsfrau Sieglinde Kaune - Vorsitzende - bis 17.30 Uhr

### **BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN**

Ratsherr Hermann Züchner - ab 17.30 Uhr Vorsitzender -  
Ratsherr Günter Strelow bis 17.30 Uhr

## **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius bis 17.30 Uhr

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städt. Direktor Klaas Alberts  
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast  
Stadtamtsrat Dieter Denkmann

Stadtamtsrat Heinz Steenhardt  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtoberinspektorin Beate Stomberg  
Controller Dietmar Bretzler  
Stadtangestellter Axel Becker  
Stadtangestellter Friedhard Cramer als Protokollführer  
Stadtangestellter Hinrich Peters als Protokollführer

### **Als Gäste**

Herren Niemuth und Beste, WRG, Gütersloh

### **2 Zuhörer**

### **2 Vertreter der örtlichen Presse**

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Frau Kaune** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.09.1998

**Beschluß:** Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.09.1998 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Vorlage 13/662  
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1997

Zunächst wird der Bericht der Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft m.b.H., Gütersloh, (WRG) behandelt. Zu diesem Thema begrüßt **Frau Kaune** die Herren Niemuth und Beste.

**Herr Niemuth** referiert in Anlehnung an den Prüfauftrag durch das Rechnungsprüfungsamt über den Prüfungsinhalt mit den Schwerpunkten Rechnungswesen und die zweckentsprechende Verwendung der pauschalen Fördermittel.

Das Rechnungswesen ist in Ordnung. Das Belegwesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Die pauschalen Fördermittel wurden lückenlos geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Gegen die Ordnungsmäßigkeit der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Lageberichtes wurden keine Einwendungen erhoben.

Es wurde ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk erteilt.

Im Anschluß berichtet **Herr Beste** über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Er stellt die Entwicklung der Jahresergebnisse seit 1992 dar und bestätigt dem Krankenhaus, daß es für 1997 im Vergleich zu anderen Häusern ein gutes Ergebnis erzielt hat. **Herr Beste** analysiert das Ergebnis anhand der Themen Mengengerüst, Erfolgsvergleich, Erträge und Aufwandsveränderungen im Personalbereich.

Er vergleicht u.a. die Personalstärke, Personalkosten, die Kennzahlen des Medizinischen Bereichs und den Energieaufwand mit anderen vergleichbaren Häusern.

Er testiert dem Krankenhaus eine gute Eigenkapitalausstattung, jedoch eine schlechte Liquiditätslage, die daraus resultiert, daß die Krankenkassen Ausgleichszahlungen von rund 8 Mio. DM erst im Jahr 1998 gezahlt haben.

Die Forderungsreichweite ist im Vergleich zu anderen Häusern sehr gut.

**Herr Jahnke** möchte wissen, ob die Rechnungsstellung im Krankenhaus zeitgerecht erfolgt, ob die Rückstellungen von 1,3 Mio. DM eine stille Reserve darstellten und warum die Personalkosten je Vollkraft um fast 5% angestiegen sind.

**Herr Bretzler** informiert darüber, daß im Krankenhaus täglich fakturiert wird und das auch Zwischenrechnungen erstellt werden. Er weist darauf hin, daß die Forderungsreichweite sich aufgrund der Zahlungsmoral der Kassen verschlechtern wird.

**Herr Niemuth** bestätigt, daß allein aus der Kennzahl für die Forderungsreichweite eine zügige Rechnungsstellung zu erkennen ist.

Nach Auskunft von **Herrn Beste** sollten Instandsetzungsarbeiten für 1,3 Mio. DM durchgeführt werden. Eine Verwirklichung war jedoch aufgrund fehlender liquider Mittel nicht möglich, was wiederum auf die spätere Zahlung der Ausgleichsbeträge zurückzuführen war.

**Herr Bretzler** unterrichtet die Ausschüsse über die geplanten Einzelmaßnahmen und dafür veranschlagten Kosten.

Grund für die Steigerung der Personalkosten je Vollkraft könnte nach Aussage von **Herrn Niemuth** der Umstand sein, daß sich die Reduzierung des Personals in den unteren Lohngruppen und bei vorwiegend jüngeren Kräften ausgewirkt hat, während ältere MitarbeiterInnen mit höheren Gehaltsansprüchen dem Haus verblieben sind.

**Herr Alberts** bestätigt, daß jüngere Kräfte flexibler sind. Schwangerschaften spielen bei Fluktuationen ebenso eine Rolle.

**Herr Strelow** gibt zu bedenken, daß der Personalabbau nicht zu Lasten der Patienten gehen darf und ist der Ansicht, daß zu wenig Pflegepersonal vorhanden ist.

**Herr Leeker** stellt die Kennzahlen für Beschäftigte je 100 belegte Betten und die von einer Pflegekraft zu versorgende Patienten dagegen und fragt, ob nicht zuviel Personal vorhanden ist.

**Herr Niemuth** erklärt, daß in Emden 194,7 Beschäftigte auf 100 belegte Betten entfallen (Externer Vergleichswert 155,0-165,0). Der Wert für die von einer Pflegekraft zu versorgenden Patienten liegt bei 1,32 (Externer Vergleichswert 1,4-1,5). Die genannten Kennzahlen sind für die Beantwortung der Frage nach zuviel oder zuwenig Personal nicht detailliert genug. Eine Prüfung des Personaleinsatzes wurde nicht vorgenommen und ist auch im Rahmen einer Jahresabschlußprüfung nicht leistbar.

**Herr Alberts** weist darauf hin, daß, im Gegensatz zu vielen anderen Häusern, Dienstleistungen wie z.B. Reinigung, Küche etc. im Hans-Susemihl-Krankenhaus selber erbracht werden.

**Herr Hemken** führt aus, daß bei der Fluktuation im Personalbereich nicht nach der Rasenmähermethode verfahren wird. Es hat dazu immer ernsthafte Diskussionen mit der Pflegedienstleitung gegeben. Eine tiefergehende Beurteilung im Personalbereich ist nur durch eine Prüfung oder ein Gutachten zu erreichen. Andererseits gab es zur Jahreswende ein Personalbemessungsgutachten, an dessen Vorgaben hat man sich, so gut es geht, gehalten. In einigen Bereichen wird der Personaleinsatz durch Verordnungen geregelt. Mehr Personal geht jedoch zu Lasten der Stadt Emden.

Im Personalbereich wurden die Kosten reduziert. **Herr Jahnke** möchte wissen, ob es zur Senkung der Sachkosten Kooperationen mit anderen Krankenhäusern gibt.

Versuche zur Kooperation mit anderen Krankenhäusern sind nach Angaben von **Herrn Alberts** bisher stets gescheitert. Dennoch müssen die Anstrengungen zum Erreichen von Kooperationen verstärkt werden.

Auch **Herr Hemken** plädiert für eine Kooperation zwischen den Krankenhäusern und appelliert an die Politiker mitzuhelfen, um dieses Ziel zu erreichen. An der weiteren Diskussion zu diesem Thema beteiligten sich Frau Everwien und die Herren Alberts, Bolinius, Hemken, Jahnke, Leeker und Strelow, mit dem Ergebnis, daß eine Kooperation wünschenswert ist.

Aufgrund der zurückgegangenen Erlöse aus Wahlleistungen möchte **Herr Dr. Beisser** wissen, ob daß Angebot nicht ausreichend ist und ob diesbezüglich Veränderungen geplant sind.

**Herr Alberts** ist überzeugt, daß es sich hierbei nicht um Tendenzen sondern höchstens um Wellenbewegungen handelt. Das Krankenhaus ist immer bemüht, hohe Erlöse aus Wahlleistungen zu erzielen.

**Herr Janssen** fragt, warum die Kosten für die Energieversorgung des Krankenhauses so hoch sind.

Der hohe Energieverbrauch hängt nach Aussage von **Herr Alberts** mit der Struktur des Hauses zusammen. Die Klimatisierung führt zu einem hohen Aufwand. Die Technik ist leider nicht zu verändern.

**Frau Kaune** weist auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hin, der sich in einem Teilbereich ebenfalls mit der Prüfung des Hans-Susemihl-Krankenhauses beschäftigt.

Der Rechnungsprüfungs- und Krankenhausausschuss faßt folgenden Beschluß:

Teilbeschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1997, soweit es das Hans-Susemihl-Krankenhaus betrifft.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 34.895,37 DM wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

**Frau Kaune** bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hans-Susemihl-Krankenhauses für die geleistete Arbeit, sowie bei den Herren Niemuth und Beste von der WRG. Die Mitglieder des Krankenhausausschusses verlassen den Sitzungssaal.

Es wird eine 5-minütige Pause eingelegt.

**Herr Züchner** übernimmt den Vorsitz des Rechnungsprüfungsausschusses um 17.30 Uhr und schlägt vor, die Dauer der Sitzung bis auf 18.30 Uhr zu begrenzen.

**Herr Mansholt** skizziert kurz die rechtlichen Grundlagen für den Prüfbericht der Jahresrechnung. Er führt aus, daß dieser Bericht sich - wie der Vorjahresbericht - an die Verwaltungsgliederung anlehnt und somit jedes Amt sich im Bericht wiederfindet. Der Bericht schließt mit der Schlußempfehlung auf Annahme der Jahresrechnung und Entlastung des Oberstadtdirektors.

Nach Befragen durch **Herrn Züchner** ist der Ausschuß mit der seitenweisen Behandlung des Berichtes einverstanden.

**Herr Leeker** ist erstaunt, daß auf Seite 8 noch immer die Personalkosten als zu hoch aufgeführt sind, obwohl die Stadt ja schon eine große Zahl von Personal abgebaut habe.

**Herr Mansholt** entgegnet, daß der Trend der zu hohen Personalkosten in Emden richtig angegeben ist; gleichwohl bedürfen diese Zahlen einer genaueren Detail-Analyse.

**Herr Hemken** berichtet, daß es seit ca. 4 Jahren eine Personalprüfkommission gibt, welche jede geforderte Neueinstellung auf ihre Notwendigkeit prüft. Er erklärt, daß es zunehmend schwieriger wird, Forderungen durch Umsetzungen zu befriedigen.

**Herr Jahnke** spricht die hohen Pro-Kopf-Ausgaben bei der Sozialhilfe auf der Seite 8 des Berichtes an. Er erbittet Auskunft über die Gründe der Höhe dieser Kosten und ob dies ggfls. mit der geringen Einwohnerzahl der Stadt und dem Beziehungsgeflecht Dorf zur Stadt zu tun habe.

**Herr Mansholt** führt aus, daß die Stadt Emden seit rd. 20 Jahren die höchste Sozialhilfedichte mit derzeit ca. 10 % habe. Der Bundesdurchschnitt liege bei etwa 3,5 %. Die Armut dränge aus dem Umland (Speckgürtel) in die anonyme Stadt.

**Herr Leeker** berichtet, daß die Stadt Pforzheim die Mitarbeiterzahl in der Bearbeitung der Sozialhilfe erhöht habe, um durch bessere Beratung und Bearbeitung eine drohende Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund möchte **Herr Janssen** wissen, ob es dann überhaupt richtig sei, wenn man ständig versuche, die Personalkosten der Verwaltung zu drücken.

**Herr Mansholt** erklärt, daß erst gerade in jüngster Zeit eine Arbeitsgruppe versucht habe, die Personalkosten der Stadt genauer zu analysieren. Leider sei es richtig, daß diese im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten des Bezirks Weser-Ems noch immer zu hoch seien.

**Herr Hemken** erklärt hierzu, daß Emden nun einmal die kleinste kreisfreie Stadt sei. Die "Overheadkosten" würden nun einmal auf eine geringe Zahl von Einwohnern verteilt. Außerdem mache die Stadt viele Dinge selbst, z.B. die Reinigung. Bei der Sozialhilfe sei auch die Hilfe zur Arbeit enthalten, andere Städte würden diese Kosten bei der Wirtschaftsförde-

rung ansiedeln. Ziel der Hilfe sei, daß alle arbeitswilligen und mobilen Empfänger eingesetzt würden.

**Herr Dr. Beisser** meint, daß bei der Stadt Emden von einem geschlossenen "Speckgürtel" geographisch nicht gesprochen werden kann. Ferner möchte er gerne etwas zum Prinzip der Kassenwirksamkeit erklärt haben.

**Herr Mansholt** berichtet, daß bei der Stadt ständig etwa 1 - 2 Haushaltsjahre im Vermögenshaushalt vor uns hergeschoben werden. Die Bauverwaltung schaffe es nicht, die Planungen in einem Jahr umzusetzen, somit werden auch die Kreditaufnahmen aufgeschoben.

**Herr Hemken** entgegnet, daß Herr Mansholt mit seiner Kritik grundsätzlich recht habe, er aber gute Gründe für die Verfahrensweise der Stadt sehe. Die Einnahme- und Ausgaberesultate stammen hauptsächlich aus dem Kanalisationsprogramm. Darlehen würden erst dann aufgenommen, wenn sie tatsächlich erforderlich wären oder besonders günstig seien. Dies sei wirtschaftlicher. Verpflichtungsermächtigungen seien verkappte Kreditaufnahmen zu Lasten der Nachjahre. Die Kritik des Rechnungsprüfungsamtes bestehe der Form nach zu Recht, die geübte Handhabung sei jedoch kassentechnisch besser.

**Herr Leeker** möchte wissen, ob die Mitarbeiterzahl im Sozialamt ausreichend ist, ferner warum die Sozialhilfe pro Kopf in Emden so hoch sei.

**Herr Mansholt** erklärt, daß die Sachbearbeiter im Sozialamt Zahlungen für ca. 1,5 - 2 Mio. DM tätigen. Im Verhältnis dazu seien die Personalkosten relativ gering. Eine zu hohe Belastung der Sachbearbeiter führe zwangsläufig zu einer qualitativ schlechteren Beratung und dadurch wieder zu evtl. höheren Sozialhilfekosten.

**Herr Fürst** berichtet, daß durch ein Bündel von Maßnahmen versucht werde, die Fallzahlen zu senken. Infolge der Hilfe zur Arbeit gäbe es jetzt rd. 250 Fälle weniger im Vergleich zu 1997. Angestrebt werden 120 Fälle pro Rate. Beispielsweise müsse die Zugangskontrolle (Bürgerbüro) noch umgesetzt werden. Man erhoffe sich so, Schritt für Schritt, zu weiteren Erfolgen zu kommen.

**Herr Dr. Beisser** bemerkt zu diesem Thema, daß eine verstärkte Fortbildung und bessere ADV-Qualifizierung auch sicher nützlich seien.

**Herr Leeker** spricht sodann die Höhe der Friedhofsgebühren auf Seite 10 an.

**Herr Mansholt** führt aus, daß man vor einigen Jahren die Grabgebühren angehoben habe. Mit diesen Gebühren sei die Stadt als Anbieter am "Markt" jedoch nicht mehr "marktfähig". Die Bürger suchen deshalb nach preisgünstigeren Ersatzlösungen.

**Herr Leeker** erklärt, daß der Friedhof einst als Parklandschaft angelegt wurde. Dies würde nicht der Norm der Umlandgemeinden entsprechen. Er sieht bei den Gebühren einen dringenden Handlungsbedarf, da die Belastung für den "kleinen Mann" schon zu hoch sei. Außerdem mahnt er die schon wiederholt geforderte Ausschilderung der Grabflächen auf dem Friedhof Tholenswehr an.

**Herr Hemken** berichtet, daß man 1994 infolge des Haushaltsdrucks die Gebühren erhöht habe. Ursprünglich habe man dem gewollten Parkcharakter damit Rechnung getragen, daß 50 % der Kosten zu Lasten der Steuern gingen. Nach dem Wegfall dieses Anteils sei man dann zu den Erhöhungen gekommen. Man müsse jetzt aber wieder zu "marktgerechten" Preisen kommen. Er weist jedoch darauf hin, daß Friedhöfe immer defizitär bleiben würden. Kirchliche Friedhöfe seien in ihrer Anlage bescheidener.

**Herr Odinga** führt aus, daß er bereits 94 vor der Erhöhung gewarnt habe. Der Friedhof Wybelsum sei einfacher gestaltet und könne somit billiger betrieben werden.

**Herr Hemken** erklärt, daß seiner Zeit Tholenswehr als Zentralfriedhof geplant sei. Dieses würde inzwischen jedoch politisch nicht mehr so gesehen. Die Friedhofskultur sei zeitweilig überzogen gewesen, deshalb sei es jetzt erforderlich, bescheidener zu werden.

**Herr Leeker** drängt nochmals auf baldige Änderung der Gebührenstruktur.

**Herr Janssen** spricht den Verstoß gegen § 7 der GemHVO bei den Verpflichtungsermächtigungen auf Seite 12 an.

**Herr Hemken** meint, daß er eine unterschiedliche Meinung vertritt; er würde gerne so weiter handeln. Kassenkredite würden von der Bezirksregierung genehmigt. Sollte eine Überschreitung dieser Kreditgrenze erforderlich sein, so würde man sich auf "kurzem Wege" mit der Bez.-Reg. einigen. Die Überschreitungen würden den Ernst der Lage 1997 zeigen.

**Herr Dr. Beisser** wünscht sich eine gründlichere Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht.

**Herr Hemken** erklärt, daß normalerweise nur zu Textziffern Erklärungen abgegeben würden, im übrigen sei der Bericht kein "Schwarzbuch", sondern auch eine Beschreibung der Verwaltungstätigkeiten.

**Herr Janssen** wünscht Aufklärung, wie es zu dem falschen Kassenbestand (40,4 zu tatsächlich 41,9 Mio. DM minus) auf Seite 14 kommen konnte.

**Herr Mansholt** berichtet, daß hierfür die Stadtkasse zuständig sei. Dort sei ein Fehler passiert, dieser Fehler sei jedoch im nachhinein korrigiert worden.

**Herr Janssen** spricht die auf Seite 15 genannten Einnahmereste der 80er Jahre an.

**Herr Mansholt** führt aus, daß hier das RPA einen Handlungsbedarf sieht. Bei einer Prüfung durch das RPA sei festgestellt worden, daß es bei der Durchsetzung von Forderungen zu Unzulänglichkeiten gekommen sei. Wegen der Vielzahl der Fälle fordere das RPA hier eine ADV-Auswertungsmöglichkeit.

**Herr Janssen** möchte wissen, wie die Verwaltung dieses Problem lösen wolle.

**Herr Hemken** entgegnet, daß die Frage erörtert wurde und daß ein entsprechendes Programm angeschafft wird.

Der stellvertretende Vorsitzende vertagt die Sitzung auf Mittwoch, 14.10.1998, 17.00 Uhr.